



# HESSISCHER LANDTAG

28. 06. 2016

## Kleine Anfrage

der Abg. Martina Feldmayer und Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
vom 11.05.2016

betreffend Vergabe von Zuschüssen und Darlehen zur Förderung von studentischem Wohnen

und

## Antwort

der Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Die Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

- Frage 1. Für welche hessischen Studienstandorte wurden im Jahr 2015 Zuschüsse und Darlehen für den Bau von studentischem Wohnraum gewährt und in welcher Höhe lagen diese jeweils konkret?
- Frage 2. Wie viele Wohnplätze konnten mit diesen Mitteln jeweils an den einzelnen Standorten geschaffen werden und wie viele Einheiten wurden von den Studentenwerken gefördert?

Die Fragen 1 und 2 werden zusammen beantwortet.

Für folgende Studienstandorte wurden im Jahr 2015 Zuschüsse und Darlehen für den Bau von studentischem Wohnraum zur Verfügung gestellt:

Standort	Zuschuss in €	Darlehen in €	Plätze insgesamt	Plätze von den Studentenwerken
Gießen	1.150.000	277.500	75	75
Friedberg		1.229.000	45	45
Kassel		1.438.000	47	15
Darmstadt	2.500.000	4.317.000	294	294
Frankfurt	3.432.020	1.949.000	236	180
Offenbach	875.000	285.000	59	0
Marburg	2.260.000	1.063.000	170	80
Fulda		2.734.200	84	0
Wiesbaden	1.395.000		87	87

- Frage 3. Wie viele Mittel wird das Land Hessen im Jahr 2016 und den kommenden Jahren für den weiteren Bau von studentischem Wohnraum zur Verfügung stellen?
- a) Wie teilen sich diese zukünftigen Mittel auf (Zuschüsse und Darlehen)?
- b) Wie viele Wohnplätze können damit insgesamt geschaffen werden?

Für den Bau von studentischem Wohnraum stehen für 2016 bis 2019 noch rd. 66 Mio. € zur Verfügung.

**Zu Frage 3 a:** Es stehen noch rd. 60 Mio. € an Darlehensmitteln und 6 Mio. € an Zuschussmitteln (Finanzierungszuschuss) bereit.

**Zu Frage 3 b:** Damit können rd. 1.300 Wohnplätze geschaffen werden.

- Frage 4. Welche kurz- und mittelfristigen Maßnahmen hält die Landesregierung für geeignet, um die Situation am Wohnungsmarkt insgesamt zu verbessern?

Um die Situation am Wohnungsmarkt zu verbessern, setzt sich die Landesregierung besonders für die Förderung von neuem und bezahlbarem Wohnraum ein. Insgesamt stellt die Landesregierung dafür in den Jahren 2015 bis 2019 mehr als 1 Mrd. € zur Verfügung. Neben der Aufstockung der Fördermittel hat die Landesregierung im Jahr 2015 auch die Kondi-

tionen der Förderdarlehen im Mietwohnungsbau für geringe und mittlere Einkommen sowie für die Modernisierung von Mietwohnungen und für studentisches Wohnen verbessert. Der Zins wurde jeweils um 0,3 Prozentpunkte gesenkt. Der Festzins beträgt damit in den genannten Programmen 0,6 %/Jahr beziehungsweise 0,9 %/Jahr für die Modernisierung von Mietwohnungen.

Außerdem wurde 2016 beim Mietwohnungsbau für geringe und mittlere Einkommen sowie für die Modernisierung von Mietwohnungen und für studentisches Wohnen ein Finanzierungszuschuss in Höhe von 10 % beziehungsweise 5 % für die Modernisierung eingeführt.

Die Situation am Wohnungsmarkt nachhaltig zu verbessern ist jedoch eine Aufgabe, die die Landesregierung nicht alleine, sondern nur zusammen mit allen Marktakteuren bewältigen kann. Im Juli 2015 wurde daher die Allianz für Wohnen in Hessen gegründet, an der sich neben weiteren Landesressorts die Verbände der Wohnungswirtschaft, die kommunalen Spitzenverbände, Kammern, der Mieterbund und weitere Akteure der Wohnungswirtschaft sowie die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen beteiligen. Am 23. März 2016 wurden im Rahmen der Plenumsveranstaltung der Allianz für Wohnen die Ergebnisse der eingesetzten Arbeitsgruppen präsentiert. Zeitnah soll nun ein Gutachten zur Identifizierung und Quantifizierung der Wohnraumbedarfe nach Zielgruppen und Wohnformen in Auftrag geben werden. Projektteams werden konkrete Vorschläge für eine Musterstellplatzsatzung entwickeln und einen Leitfaden zur Nachverdichtung entwerfen. Außerdem wird die Einrichtung einer Anlaufstelle/Koordinierungsstelle zur Unterstützung der Kommunen und der Wohnungsbauunternehmen bei der zügigen Schaffung von bezahlbarem Wohnraum geprüft. Zudem werden Fachforen veranstaltet, die Themen behandeln, die den Kommunen und anderen Marktteilnehmern einen Orientierungsrahmen und eine Entscheidungshilfe für bezahlbares Bauen geben sollen. Im Herbst dieses Jahres kommen die Akteure der Allianz dann erneut im Plenum zusammen um das bisher Erreichte zu besprechen, aktuelle Entwicklungen zu diskutieren und neue Maßnahmen anzustoßen.

Wiesbaden, 10. Juni 2016

**Priska Hinz**